



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

δ.: Das jüngste Gericht über die Nationalliberalen in der zweiten
Sächsischen Kammer.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gewiß wird die Reichsregierung sich diese practischen, von ebenso großer Rechtskenntniß als Staatsklugheit getragenen Vorschläge im wesentlichen zur Richtschnur dienen lassen, wenn einer der darin hypothetisch angenommenen Fälle zur thatsächlichen Entscheidung steht.

Hans Blum.

Das jüngste Gericht über die Nationalliberalen in der zweiten Sächsischen Kammer.

Dresden, den 3. Mai 1874.

Daß unser Herrenhaus auf die Nationalliberalen nicht gut zu sprechen ist, habe ich oftmals Ihnen zu beweisen Gelegenheit gehabt. Aber Scenen, wie sie in unserer Volkskammer am letzten Donnerstag (30. April) sich abspielten, sind glücklicherweise auch in der ersten Kammer zu den Seltenheiten zu zählen, und etwa nur den berufenen Catilinarien des Herrn von Behmen contra Koch an die Seite zu stellen; in der zweiten Kammer aber geradezu unerhört. Namentlich unterscheidet sich selbst die beschämendste Sitzung dieser Art, welche die zweite Kammer gehalten, ihre Verhandlung vom 10. Nov. 1869 über den famosen Abrüstungsantrag der Herren May und Genossen, welchem der große Krieg Deutschlands gegen Frankreich ein Jahr später ein so gewaltiges Dementi erteilte, sehr zu Ungunsten der jüngsten Donnerstagsitzung von dieser letzteren. Denn am 10. Nov. 1869 fielen doch nur die sog. „Fortsschrittsleute“ und „Conservativen“ unserer Kammer über die bösen Nationalliberalen her und brachten durch die Vereinigung ihrer sonst so disparaten Kräfte den Antrag der Nationalliberalen zu Fall: die Regierung möge nur dann auf eine Verminderung der Militärlast im Bundesrathe hinwirken, „wenn die nothwendige Sicherheit und Machtstellung Deutschlands dies gestattet“. Damals, sage ich, schwieg die Regierung. Sie ließ es geschehen, daß die sächsische Volkskammer, nach Ansicht sehr vieler Politiker, gegen die Bundesverfassung von 1867, und eingreifend in die Souveränitätsrechte der Sächsischen Krone, der Sächsischen Regierung bindende Vorschriften geben wollte, wie die sächsischen Mitglieder des Bundesrathes sich der bundesverfassungsmäßig bereits festgestellten Militärpräsenziffer gegenüber herabdrückend verhalten sollten. Ob dieses damalige Verhalten unserer Regierung staatsklug war, darauf sind wir nach den Ereignissen, die zwischen jenem Tage und der Gegenwart liegen, jeder Antwort überhoben. Am letzten Ultimo dagegen sprach die Regierung, sie verbündete sich durch ihre

Reden mit den Freunden des Herrn Eugen Richter und den beaux restes der Kammermameluken des Herrn von Beust, welche unsere Kammer noch beherbergt, und die sich konservativ nennen, weil sie in einem Jahrzehnt die ganze Windrose politischer Ueberzeugungen virtuos durchlaufen haben. Und die Regierung redete durch das Sprachorgan des Herrn Ministers des Innern in einer Weise, daß ich nicht anstehe, dem Verhalten der Regierungsvertreter bei der Verhandlung über den seligen May'schen Abrüstungsantrag vergleichsweise das höchste Maß politischer Einsicht und Mäßigkeit zu vindizieren. —

Von vorne herein mag hier erklärt werden: ich glaube nicht, daß die nationalliberale Partei Sachsens durch das gegen sie entrichte Dresdner Baiss manoeuvre des jüngsten Ultimo irgend etwas verloren hat. Diese Partei läßt sich ja überhaupt nicht, wie so manche andere Fiser an der parlamentarischen Börse, auf Differenzgeschäfte ein. Sie escomptirt nicht die heutige oder zukünftige Stimmung der öffentlichen Gunst für einen bestimmten Tag in ihrem Interesse. Sie macht auch keine Differenzgeschäfte zwischen Dresden und Berlin. Sie hat seit 1866 ununterbrochen, mit stets wachsendem Erfolg, überall in Deutschland, von Königsberg bis Köln und von der Ostsee bis zum schwäbischen Meer sich nur eine einzige Hauffe-Speculation erlaubt, überall nur dieselbe Weise gehalten: das Gemeingefühl der deutschen Nation, die Liebe zum Reich, und den Ausbau der gemeinsamen Verfassung. — Gescholten und beseindet hat man sie stets auf diesem Wege. Doch hat sich die Zahl und Gattung ihrer Feinde zusehends vermindert. Wer spricht heute noch von den Herren Welfen und Kurfürstlichen, von den Herren des „Beobachter“ in Schwaben, von den Kreuzzeitungsmännern, von den Dalwigkianern, Beustianern („Bundesstaatlich-Constitutionellen“) u. s. w., die bei früheren Wahlgängen in Hannover, Hessen, Schwaben, Sachsen, Preußen u. s. w., den Nationalen mit großem Erfolg den parlamentarischen Sieg streitig machten? In den ansehnlichsten parlamentarischen Vertretungen des Deutschen Reiches, vor Allem im Reichstag, im preußischen Landtag, in der bairischen Volkskammer, in Schwaben, Hessen, Baden, Braunschweig u. s. w. bildet diese Partei den ausschlaggebenden Theil der Parlamente; und mit ihrer Zahl ist ihre staatspolitische Bedeutung stets im Wachsen gewesen. In Sachsen speziell sind bei den jüngsten Reichstagswahlen soviel Nationalliberale gewählt worden, als Fortschrittsleute und Conservative zusammengenommen, und unter den Herren, welche lediglich durch die Mitwirkung der Nationalen gegen socialdemokratische Mitbewerber gestiegt haben, befindet sich z. B. auch — Herr v. Nostiz-Wallwitz, Excellenz. Eine solche Partei kann schon einmal, wie der Minister uns zugeben wird, einen Puff vertragen, ohne Schaden zu leiden. Sie kann dies um so eher, als, wie gesagt, ihre Stellung im Parlamente und im Volke die stärkste und erfreulichste aller deutschen Parteien unserer Tage ist. Im Reichstage ist sie, in Verbindung mit der deutschen Reichspartei, die zuverlässigste Stütze der Reichs- und Kirchenpolitik der Reichsregierung, im preußischen Landtag auch der inneren preußischen Politik. Ihre Fühlung mit den Frei- und Neuconservativen nach rechts, mit dem parlamentsfähigen Fortschritt nach links ist eine vollständige. Nur die ausgesprochenen Feinde des Reiches und jeder gesetzmäßigen Entwicklung und Erstarkung des deutschen Staates haben sich inner- und außerhalb der Kammern den Nationalen gegenüber zusammengescharrt; die rothe und die schwarze Internationale, und der unbelehrbare Fortschritt, der die Opposition aus Princip und Beruf treibt. Seit dem letzten April d. J. ist nun auch der Herr Minister von Nostiz-Wallwitz unter die Gegner der Nationalliberalen getreten. Wir wiederholen: den Natio-

nalen hat dieser jüngste Feldzug sicher nichts geschadet. Sehen wir uns zunächst den Kriegsfall, die Kampfweise und die Waffen ihrer Gegner näher an. —

Am 30. April d. J. stand das Budget der „Leipziger Zeitung“ auf der Tagesordnung der zweiten Kammer. In einer schriftstellerischen Arbeit des kgl. Commissars der Leipziger Zeitung, des Herrn Geh.-Rathes von Witzleben in Leipzig, klagt dieser selbst in beweglichen Worten, daß das Budget dieser Zeitung im Landtage selten verhandelt werde, ohne die schwersten Anklagen gegen die Haltung und Leitung der Zeitung hervorzurufen. Zu solchen, auch den Leitern des königlichen Blattes nicht mehr ganz ungewöhnlichen Anklagen, an welchen im Jahr 1869 übrigens Männer von allen Parteien des Hauses und die Vertreter des Regierungstisches Theil nahmen, war dieses Jahr ganz besonderer Anlaß, da das königliche Blatt vor der letzten inneren Wahlcampagne den Nationalen „den Krieg bis auf's Messer“ erklärt, sie als „ein Unglück für's Land“ verschrien, und in zahlreichen Artikeln mit besonderem Behagen auf der äußersten Kante der Reichstreue balancirt hatte. Hätte die nationalliberale Partei des Landtags nun die Absicht gehabt, das Sündenregister der Leipziger Zeitung vor dem Lande zu enthüllen, so hätte es ihr weder an Material gefehlt, noch hätte sie dieses Material in der Stunde, wo es zur Hand sein mußte, vermisst. Aber die Rede des Abgeordneten Krause, für Streichung des Gehaltes des Herrn von Witzleben, als kgl. Commissars der Leipziger Zeitung, betonte ausdrücklich, daß die nationale Partei auf diese Fehler des Regierungsorganes nicht eingehen, der Regierung vielmehr ehrlich und persönlich die Hand reichen wollte, „um durch Friede und Einigkeit das gemeinsame Werk zu befördern.“ Wir können uns eine Reihe sehr achtbarer Motive vorstellen, welche die nationale Partei zu einer so discreten Behandlung des öffentlichen Aergernisses veranlaßte, und sie auf die Bitte und Forderung an die Regierung beschränkte: „Sorge zu tragen, daß die Leipziger Zeitung nicht ferner, statt ein Mittel der Verständigung zwischen Regierung und Bevölkerung zu sein, tagtäglich den Samen der Zwietracht im Volk aussäe, die Zwietracht in die Bevölkerung schleudere.“ Wir meinen, als solche Motive zu erkennen: den Ausfall der letzten Reichstagswahlen in Sachsen; das erschreckende Anwachsen der Socialdemokratie; die in Folge dessen überall durchgedrungene Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Verbindung aller reichstreuen Elemente des Landes gegen die Reichsfeinde; die dieser Erkenntniß conforme Haltung der Regierung seit dieser Zeit; die bekannte öffentliche EinigkeitSMahnung des Ministers von Friesen nach den Wahlen; den Eintritt der in die Luft gefallenen Glieder der seligen freien Reichspartei, der Abgeordneten Günther, Ackermann, Schwarze, Pfeiffer etc. in die den Nationalen gesinnungsverwandteste Partei des Reichstags, die deutsche Reichspartei; den Beitritt des Ministers v. Noftitz-Wallwitz zu derselben Partei; last not least die frohmüthige Erinnerung an die eben geschlossene Reichstagsession, in welcher die conservativen Mitglieder des sächsischen Landtags, Günther, v. Könneritz u. s. w., und der Herr Minister v. Noftitz-Wallwitz in engster Vereinigung mit den Nationalliberalen das Militärgesetz dem Reiche retteten. Solchen großen gemeinsamen Erfolgen gegenüber, mochte in der That der im wesentlichen durch die Leipziger Zeitung verschuldete innere Hader gut und gern vergessen werden können. Und Jedermann, der Krause's Rede hörte, erwartete Seiten des Ministers freudiges Einschlagen in die dargereichte Friedenshand um so zuversichtlicher, als die Regierung bei einer näheren Besprechung der Sache rückhaltlos hätte zugeben müssen — und auch zugegeben hat — daß die Königlich Sächsischen

Staatsbeamten, welche die Leipziger Zeitung beaufsichtigen und leiten, Angriffe und Ausdrücke in die Leipziger Zeitung aufnehmen und bezw. stehen lassen, welche der Minister auch am 30. April nicht zu rechtfertigen wagte, sondern wiederholt „mißbilligte“ und als „Tactlosigkeiten“ bezeichnete. Und wie hat der Minister geantwortet? Wir folgen im Nachstehenden dem Kammerbericht des offiziellen Dresdner Journals, nach welchem der Minister v. Kostitz-Wallwitz wörtlich sagte: „Ich möchte nichts (!) weniger versöhnlich sein als er (Krause). Ich bin zur Versöhnlichkeit jederzeit geneigt, allein diese Großmuth kann ich nicht acceptiren.“ Wir dürfen wohl unsern Lesern selbst überlassen, ob sie aus dieser Antwort auf Krause's Rede etwas Anderes herauszulesen vermögen, als die Erklärung, daß der Minister le coeur leger sich trotz der Versöhnlichkeit des nationalen Redners, diese Gelegenheit zu einem Angriff auf die nationale Partei keinesfalls entgehen lassen wollte!

Und zu welchem Angriff!

Von dem Vertreter der Krone, der dauernden, und darum über dem Wandel der Menschen, Zeiten und Tagesleidenschaften erhabenen Staatsgewalt, hätte man auch bei einem Angriff zwei Dinge billigerweise voraussetzen dürfen: möglichste Objectivität und ordentliche Begründung. Wie es aber damit bestellt war, zeigen die eigenen Worte des Ministers mit einer Deutlichkeit, die kaum eines Kommentars bedarf. Der Herr Minister beklagte zunächst, daß unsere öffentlichen Verhältnisse seit 1866, daß die politische Presse beinahe ausschließlich in den Händen einer Partei, der nationalliberalen, gewesen. Die Rechte begleitete diese Aeußerung mit dem Rufe „sehr wahr“, wobei sie, mit dem Herrn Minister, wohl die Leipziger Zeitung, das Dresdner Journal, die Dresdner Nachrichten und die circa 80 noch aus Veust's Zeiten, und im letzten Jahr von neuem, wohlinculcirten Amtsblätter für nichts rechnete. Dann fuhr der Minister fort: „Dadurch, daß die nationalliberale Presse den Grundsatz erhoben hat, oder wenigstens dahin verstanden worden ist (!) daß Niemand das Reich liebe und Anhänger des Reichs sein könne, der nicht bereit sei, ungeprüft Landesrechte zum Opfer zu bringen (lebhafter Beifall); dadurch, daß vielfach (!) der Glaube erweckt worden ist, man könne nicht treuer Anhänger des Reiches sein, wenn man gleichwohl den festen Vorsatz habe, die Treue, die man seinem Landesherrn und Stammland gelobt hat, unverbrüchlich zu halten, dadurch ist es vielen erschwert worden, sich mit der Wärme den Interessen des Reiches hinzugeben, als sonst zu erwarten gewesen wäre.“ Wir stellen, zu Gunsten des Ministers, die Logik und den Stil dieses Satzes vollständig außer Frage; aber das Eine bitten wir uns, auf die vor dem ganzen Land, vor ganz Deutschland der nationalen Presse — zu der sich Ihr Blatt ja auch zählt — ins Gesicht geschleuderte Anklage allerdings nachdrücklichst aus: Beweise! Wann, wo, und in welchem Organ hat die nationale Presse den Grundsatz erhoben oder „hat wenigstens so verstanden werden können“, daß niemand reichstreu sei, der nicht ungeprüft Landesrechte zum Opfer bringe? Wann, wo und in welchem Organ hat die nationale Presse dem hoch- und landesverrätherischen Satz auch nur in einem erkennbaren Schatten Ausdruck gegeben, daß die Treue zum Landesherrn unvereinbar sei mit der Treue gegen das Reich? Wir fordern Thatsachen und Beweise von dem Herrn Minister für diese Insinuationen und erklären seine Aeußerungen, solange als er diese Beweise nicht erbringt, für wahrheitswidrige öffentliche Verleumdungen der nationalen Presse und Partei.

Die weiteren Aeußerungen des Herrn Ministers können wir — wirklich nur zu seinen Gunsten — übergehen. Er zog z. B. zur Begründung seiner

Anklage weiter an: das Programm der nationalliberalen Partei vor den inneren Wahlen, das übrigens fast ein Jahr zurückliegt, und wobei mindestens die Gerechtigkeit erfordert hätte, daß der Herr Minister auch auf die Wahlaufrufe der Nationalen bei den jüngsten Reichstagswahlen z. B. auf die zu Gunsten seiner eigenen Candidatur erlassenen, einen Blick mit geworfen hätte. Aus jenem vorjährigen Wahlaufruf wollte Herr v. Kostitz-Wallwitz ableiten, daß die nationale Partei der Regierung vorgeworfen habe, „sie drohe zugleich dem weiteren Ausbau der Reichsverfassung Schwierigkeiten in den Weg zu legen“. Der Herr Verfasser mußte aber am Schlusse der Verhandlung selbst zugeben, daß er sich in dieser Auslegung des Wahlaufrufs geirrt habe. Der Herr Minister behauptete ferner zur Unterstützung seiner Anklage: „Gleichzeitig oder beinahe zu gleicher Zeit, m. H., wurde in frecher Verhöhnung der Landesfarben ein schales Witzblatt an den Privatsäulen der zweiten Stadt im Lande in grünen Lettern auf weißes Papier gedruckt angeschlagen, und die national-liberalen Blätter erzählten in ihren Spalten dieses Factum nicht etwa, um es zu brandmarken, wie es gebrandmarkt zu werden verdient, sondern ohne jede Nebenbemerkung, um ein interessantes Vorkommniß zu referiren. (Psui, psui! rechts. Darauf schallendes Gelächter links.)“ Auch diese Behauptung widerstreitet, nach meinen genauen Erkundigungen, in allen Theilen der thatsächlichen Wahrheit. Das betreffende Witzblatt selbst ist nie angeschlagen worden, am wenigsten an „Privatsäulen“, welche „die zweite Stadt des Landes“ gar nicht besitzt, sondern angeschlagen wurde lediglich eine fingirte Abonnementsseinladung auf das betr. Witzblatt, die so absolut harmlos und geschäftsmäßig lautete, daß die Meisten im Ernste glaubten, die „Sächsische Zeitung“ sei wieder auferstanden und suche sich Abonnenten einzufangen. Es gab also hier durchaus nichts zu „brandmarken“. Am wenigsten aber kann die nationale Partei und Presse für diesen Einsall einer humoristischen Leipziger Gesellschaft, die ohne politische Tendenzen ist, von dem Herrn Minister verantwortlich gemacht werden. Wenn endlich der Vertreter der Staatsregierung zur Begründung seiner Anklage in seiner Replik noch auf eine öffentliche Aeußerung eines „hervorragenden Parteimitgliedes“ (des Herrn Prof. Birnbaum) über das Verhältniß der nationalen Partei zu den Einzelstaaten Bezug nahm, die ausdrücklich betont, „daß die Vernichtung der Einzelstaaten“ zur Realisirung der Zwecke der Partei des Redners „nicht gehört, und daß die erfreulichste Seite unsrer jüngsten politischen Entwicklung die sei, daß das Opfer der Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht nothwendig wurde“, so möchten wir zunächst wohl erfahren, was an dieser Erklärung dem Herrn Minister nicht „sehr beruhigend für die Einzelstaaten (!)“ erscheint, oder inwieweit er sie für geeignet hält, als Beweis für seine Insinuationen gegen die Ziele und Absichten unsrer Partei zu dienen. Aber noch eine näherliegende Frage drängt sich dabei auf. Ist ein einzelnes Parteimitglied die Partei selbst? Hat die Partei solidarisch zu haften für jede Aeußerung des einzelnen Gliedes? Der Herr Minister möge sich wohl bedenken, die Frage zu bejahen. Wir könnten ihn an sehr unliebsame Aeußerungen seiner Parteigenossen in der Dresdner Kammer von 1857 bis 1866 erinnern, die doch immerhin offizielle Aeußerungen von Genossen in amtlicher Thätigkeit, nicht Erklärungen von Privaten vor Gefinnungsgenossen waren. Wir würden dann ferner auch geneigt sein, ihm ins Gedächtniß zu rufen, daß von einem seiner Berliner Fraktionscollegen der Antrag ausging, das Bild des Landesherrn auf den Reichsmünzen zu entfernen, und daß einer der bösen Nationalliberalen diesen Antrag bekämpfte. Wie konnte der Herr Minister, der Advocat der Soli-

darhaft aller Parteigenossen für die Ansicht eines Einzelnen, in eine solche Fraction eintreten?!

Die Frage, wie sich die öffentliche Meinung zu diesen Angriffen und be-
weislos gelassenen Anklagen des sächsischen Ministers gegen die stärkste Partei
Deutschlands und Sachsens zu stellen hat, ist keineswegs eine rein sächsische,
und deshalb ist sie hier eingehend angeregt worden. Zunächst wird sich, wie
s. B. in dem Fall v. Zehmen-Roch, die Berliner Fraction des hohen Red-
ners darüber schlüssig zu machen haben, ob sie mit einem Manne, der in
solcher Weise und aus solchen Gründen die ihr befreundete Fraction ver-
unglimpft, Interessengemeinschaft genug besitzt, um auf die Fortdauer seines
Verhältnisses zu ihr Werth zu legen. Aber auch das ganze übrige Deutsch-
land, alle reichstreuen Parteien haben ihr Urtheil über diese Vorgänge ab-
zugeben; und wie dasselbe ausfallen wird, ist im Voraus gewiß.

Ueber die Aufführung der beiden linken Bundesgenossen des Herrn Ministers
gegen die Nationalen, des Herrn Abgeordneten Walter und des Abgeordneten
Wigard nur zwei Worte. Der Herr Abgeordnete Walter führte bei dieser
Gelegenheit zur Charakterisirung seines politischen Standpunktes an, „er habe
sich bemüht, frei dazustehen, ohne einer Partei anzugehören“. Ihm boten die
jüngsten schweren Sorgen der Nation über das Zustandekommen des Militär-
gesetzes die Veranlassung zu der eben so wahren als feinen Bemerkung: „wenn
der Concertmeister in Berlin den Tactstock erhebe, brülle der ganze Chor“,
und: dem Gerede vom „preussischen Reptilienfonds sei noch nie widersprochen
worden.“ Der Abgeordnete Dr. Wigard dagegen hat schon in seinen kräf-
tigsten Mannesjahren, im Frankfurter Parlament, als er in den Verfassungs-
ausschuß gewählt wurde, aus dem Munde Dahlmann's das gesprochene
Albumblatt für sich heimgebracht: „Gott sei Dank — Wigard, da wissen
wir doch auch, was der gemeine Mann sagt.“ Nun, wo dieses Verstandes-
maaß senil geworden, wird kein Nationaler sich gekränkt fühlen, wenn Herr
Wigard ihn der „Opferung des Budgetrechts des Volkes (!)“ und der
„Hündelei“ bezüchtigt — ohne übrigens hierbei auf irgend einen Ordnungsruf
Seiten seines Freundes und Gesinnungsgegnossen, des Präsidenten der II. Kammer
Dr. Schaffrath zu stoßen. Diese Handhabung der Geschäftsordnung wird
vielleicht einem künftigen Historiker, der einmal die Geschichte der Völker
südlich von den Eskimos im neunzehnten Jahrhundert schreiben wird, auch
als erwähnenswerthes Kultursymptom erscheinen. σ.

Berichtigung.

In dem Art. „Italienische Briefe“ von Prof. Angelo de Gubernatis in Florenz S. 177 fg.
sind, trotz der Revision, leider folgende Druckfehler stehen geblieben:

Es muß heißen:

S. 178	3.	18	v. u.	Bieusseur	statt	Bieffeur
"	"	17	"	Capponi	"	Cappori
"	"	6	"	Amici's	"	Amici's
179	"	4	v. o.	Arpesani	"	Arbesari
"	"	10	"	Carcano	"	Careano
"	"	14	"	Cattaneo	"	Cattaveo
"	"	"	"	Cantù	"	Contù
"	"	12	v. u.	glottologico	statt	glottaligico
"	"	8	"	Comparetti	"	Camparetti
"	"	7	"	Zandonella	"	Zandonetta
"	"	3	"	lingua italiana	statt	lingue italiano.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.